

SPD demokratischer pressediens

B/XXVII/188

29. September 1972

Spanien und die europäische Identität

Jetzt muß politische Farbe bekannt werden!

Von Walter Behrendt
Präsident des Europäischen Parlaments

Seite 1 und 2 / 58 Zeilen

Die Sozialpolitiker der letzten Stunde

Abrechnung mit der Zufallsmehrheit von CDU
und CSU

Von Heilmut Rohde
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundes-
minister für Arbeit und Sozialordnung

Seite 3 bis 5 / 143 Zeilen

Auch im Wehrbereich ohne Alternative

CDU-Verteidigungskonzeption bringt nichts
Neues

Von Werner Buchstaller
Mitglied des Verteidigungsausschusses des
Bundestages

Seite 6 / 42 Zeilen

Zum Thema: "Fairer Wahlkampf"

Seite 7 / 17 Zeilen

Zum Thema: "Fairer Wahlkampf"

Seite 7 / 18 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heusaaltee 2-10
Postfach: 120 408
Fremdenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37-38
Telefax: 888 846 / 888 947
888 846 PPF.D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnar Straße 108-112, Telefon: 7 65 11

Spanien und die europäische Identität

Jetzt muß politische Farbe bekannt werden!

Von Walter Behrendt

Präsident des Europäischen Parlaments

Über Nacht ist Spanien zur europäischen Gretchenfrage geworden. Kaum hatte Präsident Pompidou in seiner Pressekonferenz einen Beitritt dieses Staates zur Europäischen Gemeinschaft befürwortet, schlugen besonders in Norwegen und Dänemark die Wellen recht hoch. Ministerpräsident Krag mußte sogar versichern, daß Dänemark gegebenenfalls hiergegen ein Veto einlegen werde, in Norwegen gewannen die Beitrittsgegner das Referendum in nicht erwarteter Höhe.

Es soll hier nicht darüber spekuliert werden, was den französischen Staatspräsidenten veranlaßt haben mag, gerade in dieser für die Gemeinschaft so kritischen Stunde ein derart heißes Eisen anzufassen. Was interessiert, ist die Reaktion der Gemeinschaft selbst. Der erste Eindruck ist überraschend und beschämend: Eine Reaktion blieb sowohl bei den Regierungen als auch bei den Parteien und der Öffentlichkeit praktisch aus. Die Gemeinschaft schweigt. Sicherlich kein gutes Zeichen für die Beteiligung des Bürgers und für die Demokratie in diesem Teil der Welt.

Wie entwickeln sich die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaft zu Spanien? Im Handel steht alles zum besten; die Gemeinschaft schloß erst im Juni 1970 im Rahmen ihrer gezielten Zollpräferenzpolitik ein Handelsabkommen, das einen beträchtlichen beiderseitigen Zollabbau vorsieht. Außerdem ist zu erwarten, daß im Rahmen der vorgesehenen einheitlichen Mittelmeerpolitik und der dabei notwendigen Anpassung von Vorurteilen auch Spanien weitere Zugeständnisse gemacht werden. So weit, so gut.

Eine andere Frage ist jedoch ein Beitritt zur Gemeinschaft als gleichberechtigtes Vollmitglied. Hier kann nicht mit dem Argument von Handelsvorteilen operiert werden, hier muß jeder politisch Farbe bekennen! Die Europäische Gemeinschaft ist als

demokratische Gemeinschaft konzipiert, wenn auch dieser Ansatz in der technokratischen Beschlußfassungsstruktur des Minister-rats unterzugehen droht. Ein Staat, der Mitglied werden will, muß den Grundsätzen der westlichen Demokratie entsprechen. Er muß unter anderem in der Lage sein, frei gewählte Abgeordnete ins Europäische Parlament zu entsenden. Als das assoziierte Griechenland mit dem Staatsstreich sein gewähltes Parlament abschaffte, hat die Gemeinschaft die entsprechenden Konsequenzen gezogen. Der Versuch, ein von den Obristen eingesetztes Puppenparlament ins Spiel zu bringen, scheiterte.

Die Gemeinschaft muß sich also entscheiden: Entweder sie verzichtet auf einen eigenen politischen Charakter und etabliert sich endgültig als Freihandelsklub; dies wäre das Ende des Traums vom politisch geeinten Europa und seiner Rolle in der Welt von morgen. Oder sie schreitet auf dem Wege zur politischen Einigung voran, und dies bedingt klare Aussagen über ihren demokratischen Charakter. An dieser harten Alternative kann man sich nicht vorbeimogeln, auch nicht durch Schweigen. Völlig unwürdig für die Gemeinschaft wie auch für das spanische Volk wäre es schließlich, wenn sich die einzelnen Gemeinschaftsregierungen in Madrid gegenseitig die Klinke in die Hand drücken würden, um wider besseres Wissen Zusagen zu machen, die sie dann in Brüssel nicht einhalten können.

Die politische Gretchenfrage ist gestellt. Identität Europas kann nur heißen: ein politisches Eigenverständnis entwickeln als freiheitliche, fortschrittliche und demokratische Schicksalsgemeinschaft. Vielleicht wäre auch dies ein Thema, über das sich am Rande der Gipfelkonferenz beim Tee einmal zu plaudern lohnte.

(-/ex/29.9.1972/bgy)

+ + +

Die Sozialpolitiker der letzten Stunde

Abrechnung mit der Zufallsmehrheit von CDU und CSU

Von Helmut Rohde

Parlamentarischer Staatssekretär beim
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung

Gestützt auf die zufällige Überläufermehrheit im Bundestag versuchten sie sich ein Alibi zu verschaffen. Da waren sie alle, die wir aus den vergangenen Jahren kennen: Der frühere Bundeskanzler Kiesinger, der vor einigen Jahren seinen Arbeitsminister Katzer schriftlich danach fragte, wieviel in der Rentenversicherung eingespart werden könne, wenn man die Altersgrenze von 65 auf 66 Jahre erhöhe. Herr Katzer selbst, der für diese Legislaturperiode nach dem Vorbild seiner schon früher geübten Denkpause die "Ruhe an der Rentenfront" verordnet hatte. Frau Kalinke, die der dynamischen Rente im Jahre 1957 ihre Zustimmung verweigerte. Herr Verolmann, der für seine Forderungen hinsichtlich der Kleinrentner über zehn Jahre in seiner eigenen Fraktion nur Hohr ernten konnte. Und schließlich Herr Dr. Sarzel, der noch 1971 die flexible Altersgrenze als "leichtfertig genährte Hoffnung" bezeichnet hatte. Sie und andere haben in letzter Stunde versucht, unter der Tunika des sozialen Fortschritts ihre Vergangenheit zu verstecken. Das war die Spekulation auf die Vergeßlichkeit. CDU und CSU haben sich von ihren Illusionen und früheren Glaubensbekenntnissen distanzieren müssen, nachdem die sozialliberale Koalition in ihrer Regierungserklärung die Weiterentwicklung der Rentenversicherung zum Programm erhoben hatte.

Wer Sozialpolitik über den Tag hinaus denkt, dem wird deutlich, daß sich in der Bundesrepublik die sozialdemokratische Alternative in der Gesellschaftspolitik durchzusetzen beginnt. Was ist die soziale Bilanz im Herbst 1972 ?

1/ Noch in den 60er Jahren hatten CDU und CSU Millionen von Menschen von der Teilhabe an der sozialen Sicherung ausgeschlossen. Die Masse der deutschen Angestellten und ihre Familienangehörigen konnten nicht den vollen Schutz der Krankenversicherung erreichen. Millionen von Hausfrauen und Selbständigen hatten keinen Zugang zur gesetzlichen Rentenversicherung. Mit Hilfe enger Versicherungspflichtgrenzen wurde soziale Sicherheit gleichsam kontingentiert. "Die Grenzen des sozialen Rechtsstaats", so wurde auf CDU-Parteitagen erklärt, "sind erreicht". Die Menschen wurden auf den Weg der sogenannten Selbstvorsorge gewiesen.

Gegen diese restriktive Sozialpolitik sind die Sozialdemokraten jahrelang angebeten. Erst als 1969 die Regierung wechselte, konnten die Weichen anders gestellt werden. In dieser Legislaturperiode des Bundestages wurde allen Arbeitnehmern der Zugang zur Krankenversicherung ermöglicht, die Rentenversicherung für Selbständige und Hausfrauen geöffnet, die Unfallversicherung auf Kindergartenkinder, Schüler und Studenten ausgedehnt und eine Krankenversicherung für die Landwirte geschaffen. Millionen von Menschen wurden neue Angebote zur sozialen Sicherung gemacht. Sozialdemo-

kratische Gesellschaftspolitik hat sich als zukunftsträchtiger erwiesen als das "Unions"-Spiel mit den Grenzen.

2/ Mitte der 60er Jahre wollten starke Kräfte der CDU und CSU von der brutto- zur nettolohnbezogenen Rente übergehen. Das heißt auf deutsch, daß die Renten künftig nicht mehr an die Steigerung der Bruttolohnbezüge, sondern an die durch Abzüge verminderten Nettolöhne angepaßt werden sollten. Die Konservativen wollten damals die Rezession benutzen, um mit diesem Übergang zur nettolohnbezogenen Rente in unser System der sozialen Alterssicherung einzubrechen. Das aber hätte eine allgemeine Rentenkürzung bedeutet. Was in der Regierungszeit der CDU/CSU als Abbau ins Auge gefaßt wurde, wollte diese Partei Anfang der 70er Jahre als Opposition vergessen machen. Die Verhältnisse haben sich geändert. Nunmehr wurde im Herbst 1972 die Rentendynamik zugunsten der Rentner positiv weiterentwickelt, nachdem bereits vorher durch die Initiativen der sozialliberalen Koalition der zweiprozentige Rentner-Krankenversicherungsbeitrag abgeschafft und die 1968 und 1969 einbehaltenen Beiträge wieder zurückgezahlt worden waren.

Man kann es wenden wie man will: Die Wahrheit bleibt, daß ohne den Regierungswechsel im Jahre 1969, ohne die Herausbildung eines sozialen Grundklimas in der Gesellschaftspolitik und ohne Vollbeschäftigung und Verbesserung der Arbeitsverdienste mit ihren positiven finanziellen Auswirkungen für die Rentenversicherung dieser Wandel nicht zu erreichen gewesen wäre. Es ist ein schöpferischer Abschnitt deutscher Sozialpolitik eingeleitet worden, dem sich die Opposition nicht entziehen konnte, und unter dem sie gezwungen war, alte Positionen zu revidieren - und sei es auch nur aus Gründen des politischen Opportunismus.

3/ Soweit es die Kleinrentner angeht, die ein erfülltes Arbeitsleben hinter sich haben, aber noch heute mit niedriger Rente unter den Lohndiskriminierungen der Vergangenheit leiden, hatten diese Menschen unter früheren Arbeitsministern der CDU keinen Anwalt. Kühn und "systemgerecht" sind sie von ihnen auf die gemeindliche Sozialhilfe verwiesen worden. Kein früherer Arbeitsminister der CDU hat daran gedacht, ihnen im Rahmen der Sozialversicherung einen besseren Lebensabend zu schaffen. Als wir im Volksversicherungsplan der SPD Mitte der 60er Jahre für diese Menschen einen besseren Rentenstatus forderten, ertöten wir den Vorwurf der "Wunschbilder" und den Hinweis, das sei mit dem System der Rentenversicherung nicht in Übereinstimmung zu bringen. In der letzten Woche des Bundestages mußte die CDU Abschied nehmen von ihrer Vergangenheit. Die Zeit und die politischen Umstände waren reif geworden, auch für die Kleinrentner mit erfülltem Arbeitsleben bessere Rentenvoraussetzungen zu schaffen.

CDU und CSU mußten auch vor der sozialdemokratischen Forderung nach Einführung der flexiblen Altersgrenze in der Rentenversicherung kapitulieren. Als wir Sozialdemokraten 1969 in das Bundesarbeitsministerium einzogen, fanden wir für diesen humanen Schritt in der deutschen Sozialgeschichte keinerlei Vorarbeiten vor. Herr Katzor hatte in seiner Zeit als Arbeitsminister seine Energie allein darauf verwandt, nachzuweisen, daß die flexible Altersgrenze nicht finanziert und damit nicht eingeführt werden könne. Mit seinem damaligen "Geht nicht"-Rechnungen hatte er den Widerspruch

der Gewerkschaften herausgefordert. Katzer und Barzel wollten die flexible Altersgrenze nicht. Erst, nachdem der sozialdemokratische Bundesminister Walter Arendt und seine Mitarbeiter gezeigt hatten, daß die flexible Altersgrenze nicht nur notwendig, sondern auch finanziell möglich geworden ist, und dieser Gedanke der größeren Wahlfreiheit der älteren Arbeitnehmer die breiten Schichten unseres Volkes ergriff, da wagte es die CDU/CSU nicht mehr, beim "Nein" zu verharren.

5/ Miserabel geblieben ist allerdings die Haltung von CDU und CSU gegenüber der sozialen Alterssicherung der Frauen. Sie verweigern ihnen das Baby-Jahr und die faire Chance, durch regelmäßige freiwillige Beitragszahlung Ausbildung, Schwangerschaft usw. als rentensteigernde Zusatzleistungen angerechnet zu erhalten. In dieser Weigerung ist der altmodische patriarchalische Zug der "Union" gegenüber den Frauen sichtbar geworden. Diese Parteien waren nicht bereit, in den Ausschußdiskussionen das Baby-Jahr in das Finanzierungskonzept des Rentenpakets einzupassen. Während sie sonst allen Vorhaltungen der Koalition zur finanzwirtschaftlichen Solidität der Rentenversicherung abweisend gegenüberstanden, setzten sie bei den Frauen den Rotstift des Sparens an.

Wir stehen heute vor einem eindeutigen Ergebnis: Die sozialdemokratische Forderung der 60er Jahre, die deutsche Rentenversicherung zur Volksversicherung zu entwickeln, hat sich durchgesetzt. Die Kleinrentner mit erfülltem Arbeitsleben erhalten bessere Bezüge. Die flexible Altersgrenze, jahrelang eine von CDU und CSU hart bekämpfte Forderung der deutschen Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, setzt sich durch. Was durch das Wahlergebnis zu reparieren bleibt, ist vor allem die Haltung der Überläufermehrheit gegenüber der sozialen Gleichberechtigung der Frau in der Alterssicherung unseres Landes.

Am Anfang der 70er Jahre ist unter der Regierungsführung der Sozialdemokraten der soziale Fortschritt eine wesentliche Wegstrecke vorangebracht worden. Er muß für die Zukunft gestärkt und gesichert werden. Zwar haben die Konservativen und der Wirtschaftsflügel von CDU und CSU Herrn Katzer vor den Wahlen noch einmal lange Zügel gelassen. Da "dürfte" er! Aber wir wissen aus früheren Erfahrungen, daß CDU und CSU nach dem Wahltag sehr schnell wieder auf konservativ schalten und sozialer Fortschritt dann bei ihnen klein geschrieben wird. Die geschichtliche Wahrheit ist, daß soziale Gerechtigkeit auf Dauer nur durch den politischen Willen der SPD gesichert werden kann, wenn er sich mehrheitlich in Parlament und Regierung ausdrückt. Sozialpolitik ist dann in guten Händen, wenn Sozialdemokraten ihre Leitlinien bestimmen, für Vollbeschäftigung sorgen und damit die Leistungsfähigkeit der sozialen Institutionen stärken. (-/ee/29.9.1972/ks)

Auch im Wehrbereich ohne Alternative

CDU-Verteidigungskonzeption bringt nichts Neues

Von Werner Buchstaller

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Der Verteidigungsexperte der CDU, Manfred Wörner, hat im Blick auf den Bundestagswahlkampf das verteidigungs- und sicherheitspolitische Programm seiner Partei vorgestellt. Diese wehrpolitischen Vorstellungen übernehmen weitestgehend bereits durchgeführte, eingeleitete oder projektierte Reformen der sozialliberalen Regierung. So z.B. die Bejahung einer akademischen Ausbildung für Offiziere, Konzeption von Bundeswehr-Hochschulen, Reorganisation des Kampfenwesens, Forderung nach einem sachlichen Zusammenhang zwischen einer "Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" und gleichzeitigen, ausgewogenen Rüstungsverminderungen, Konzeption einer zukünftig denkbaren Wehrstruktur und vieles andere mehr.

Wörners wehrpolitische Aussagen können also allenfalls als eine verteidigungspolitische Zusammenstellung bezeichnet werden, denn eigene Konzeptionen und Vorstellungen für den weiten Bereich der Verteidigungspolitik wird man vergebens suchen: Unklar bleibt die Bedeutung der Aufzählung von angeblichen Mibständen in der Bundeswehr, die der CDU-Experte für verbesserungswürdig erachtet. Er muß sich die Frage gefallen lassen, in welche Richtung er hierbei seine Scheite verteilen will, weil er sich schon konzeptionell nicht zu profilieren vermag. Denn Hunderttausende von Wehrpflichtigen sowie Tausende von Soldaten, Beamten und zivilen Mitarbeitern der Bundeswehr haben in den vergangenen drei Jahren im Rahmen der kritischen Bestandsaufnahme, der beiden Verteidigungsweißbücher und der vier Kommissionsberichte an bis zu den etwa 150 ins Werk gesetzten Einzelmaßnahmen hart und erfolgreich für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik gearbeitet.

Diese Leistungsbilanz und die Konsolidierung der Situation in der Truppe werden trotz mancher leichtfertiger Äußerungen von Manfred Wörner im Bewußtsein der Soldaten und unserer mündigen Bürger nicht verloren gehen. Die Kampfkraft der Bundeswehr sowie das Engagement der Soldaten und zivilen Mitarbeiter für den Schutz der Bundesrepublik können - das zeigt sich bei Vergleichen im NATO-Rahmen immer wieder - als gut angesehen werden. Der jetzt ausscheidende Kommandierende General des III. Korps in Koblenz, Gerd Niepold, charakterisierte die Bereitschaft zur Leistung in der Bundeswehr als gut.

Die vor aller Öffentlichkeit dargelegten Leistungsbilanzen der sozialliberalen Regierungskoalition auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik sowie die positiven Urteile der NATO und unabhängiger militärischer Experten über die Bundeswehr sprechen für sich selbst.
(-/ee/29.9.1972/ks)

Zum Thema: "Fairer Wahlkampf"

Die CDU-offizielle Wochenzeitung "Bayernkurier" enthält im Leitartikel der Ausgabe vom 30. September 1972 folgende Passagen:

"Das ist das eine Gesicht des Willy Brandt. Es ist die ange-
maßte Rolle des Staatsmannes, der von seinem Volk nicht verstanden
wird. Es ist die Rolle, die in der unseligsten Periode deutscher
Geschichte ihren Ausdruck darin fand, daß das Volk deshalb zu
Grunde zu gehen habe, weil es seinem bedeutendsten Führer nicht
würdig sei...

Der alte Berufsrevolutionär, der die Betriebe mobilisieren
und die Volksfront wieder erwecken will. Der Sozialist ohne
Kompromiß... Das Doppelgesicht des Nichts im rötlichen Dämmer;
ein Gezeichneteter; ein Erlöser; aber zugleich einer, der sich nicht
scheut, die Straße zu mobilisieren, um auf dem Altar seiner eigenen
Karriere die deutsche Demokratie notfalls zu opfern."

Schreiber dieser "Aussagen" ist der Chefredakteur Wolfgang
Sorlacher; Herausgeber des "Bayernkurier" ist der CSU-Vorsitzende
Franz Josef Strauß.
(-/cc/29.9.1972/ks)

+ + +

Zum Thema: "Fairer Wahlkampf"

Die "Broschüre 30" des CDU-Kreisverbandes Plön (Schleswig-
Holstein) vom August 1972 enthält folgende Passagen:

"Vor allem darf es keinen ideologischen Gewaltverzicht gegen-
über der Sozialistischen Internationale und dem Bolschewismus
geben. Dagegen muß zur totalen Mobilmachung aufgerufen werden!"

"Jetzt erweisen sich in der Praxis die Bonner Ost-Verträge
und die Deutschland-Politik Brandts als eine bedingungslose politi-
sche Kapitulation vor den totalitären Machthabern einer imperialistis-
chen Diktatur".

"Den Wählern wird die Frage zu stellen sein, ob wir wieder
zu einem geordneten Staatswesen zurückkehren wollen, das in der
Welt Ansehen genießt und nicht weiter auf eine sozialistische
Revolution und damit auf das Ende unserer Freiheit zusteuert -
oder ob das deutsche Volk wie schon einmal politischen Selbstmord
begehen will".

Verantwortlich für diese "Aussagen" ist Günther Röhl, Mit-
glied des CDU-Landesvorstandes Schleswig-Holstein, CDU-Kreisvor-
sitzender in Plön und Mitglied des ZDF-Fernsehrates.

(-/cc/29.9.1972/ks)

+ + +